

Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckanschrift: Tageblatt Riesa.

Betrauf Nr. 20.

Das Riesaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsankwaltschaft beim Amtsgerichte und des
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen.

Postgeschäftskontor: Dresden 1539

Girokonto Riesa Nr. 52

Nr. 232.

Freitag, 3. Oktober 1924, abends.

77. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 20 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintrittes von Produktionsteuerungen, Erhöhungen der Währungs- und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preissteigerung und Nachforderung vor. Anzeigen für das Nummer des Ausgabedates sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewürde für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Stätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 30 cm breite, 3 mm hohe Grundschrift-Zeile 16 Silben: 25 Gold-Pfennige; die 20 cm breite Namenszeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und kostbarlicher Satz 50% Aufschlag. Seite Tarife. Gewöhnlicher Rabatt besteht, wenn der Betrag versüßt, durch Klage eingezogen werden muss oder der Auftraggeber in Konturschrift gestellt. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Urtümliche Unterhaltungsbeiträge — hat der Verzehrer an der Kasse zu zahlen — — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstige irgendwelche Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Hofförderungseinrichtungen — hat der Verzehrer einen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Ungünstige Wendung in der Regierungssage.

Von unserem Berliner Korrespondenten

Berlin. Außer der Frage der Umbildung der Reichsregierung ist seit Mittwoch eine erhebliche Veränderung eingetreten, die sehr ungünstige Aussichten für die bevorstehenden Verhandlungen mit den Deutschen Nationalen eröffnet. Am Gegenfuß zu der Deutschen Volkspartei, die sich für die Annahme der Deutschen Nationalen einsetzt, formulieren die naheliegenden Kreise des Zentrums immer schärfere Bedingungen, von deren Erfüllung sie die Erweiterung der Regierungskoalition abhängig machen. Dadurch wird die Gefahr eines offenen Bruches zwischen der Deutschen Volkspartei und dem Zentrum verhördert, der an einem Auseinanderfallen der gegenwärtigen Regierungskoalition im Fleische zu führen droht. Auf der einen Seite müsste sich die Annäherung zwischen der Deutschen Volkspartei und den Deutschen Nationalen, während auf der anderen Seite Zentrum, Demokraten und sogar die Sozialdemokratie eine einheitliche Linie verfolgen. Wer von diesen beiden Gruppierungen bei den bevorstehenden Auseinandersetzungen das Überge wicht gewinnen will, ist noch sehr zweifelhaft. Man hat den Eindruck, daß die Position der Deutschen Nationalen nicht gerade sehr günstig ist, und daß die deutsch-nationale Partei schwerlich eine grundlegende Aenderung des bisherigen Regierungskurses erreichen wird, wenn es ihr gelingen sollte, die Widerstände im Zentrum zu brechen.

Die Auseinandersetzungen sind bereits in vollem Gange. Das Zentrum fordert offen ein Einlenken der Deutschen Nationalen in den Regierungskurs der Mitte und eine lokale Verständigung mit der Sozialdemokratie. Unterstützt wird es durch die Demokraten, die mit großer Sicherheit am Dienstag gelenkt einer Tropfung der demokratischen Reichstagsfraktion den Befreiung lassen werden, weder an einer offenen, noch an einer verdeckten Abstimmung des Bürgerschlages teilnehmen. Durch diese Abstimmung mit dem Austritt aus der Regierung werden die Demokraten es abermals fertig bringen, bei den Entscheidungen einen ausschlaggebenden Einfluss auszuüben. Ohne ihre Mitwirkung wäre auch die Grundlage der durch die Deutschen Nationalen erweiterten Regierungskoalition außerordentlich unsicher, da selbst im Falle eines Beitrags der katholischen Volkspartei nur eine außerordentlich geringe parlamentarische Mehrheit vorhanden wäre. Eine ausgewogene Rechtsorientierung, die noch dazu gezwungen sein würde, von Hall zu Hall Unterstützung bei der nationalsozialistischen Reichstagsfraktion zu gewinnen, würde sich jedenfalls in der deutlich ungünstigeren Lage befinden und dem Ansehen ihrer politischen Gegner kaum standhalten können, wenn nicht die Mitte-Parteien ihr das Rückgrat verleihen. Dies ist die Meinung der naheliegenden Kreise des Zentrums und der Demokraten, die den vom Reichskanzler Dr. Marx vorgezeichneten Weg der Volkgemeinschaft für den einzigen richtigen halten.

In den deutsch-nationalen Kreisen beurteilt man die Lage gegenwärtig sehr pessimistisch. Man spricht von einer grob angelegten Sabotage, die von Seiten des linken Zentrums und der Demokraten ausgeübt werde. Diese Sabotagetaktik habe schon jetzt die Voraussetzungen für eine Verständigung gefährdet, indem tatsächlich das ganze Problem der innerpolitischen Entwicklung im Fleiche aufgeworfen werde. An die Stelle der gemeinsamen Verhüllungspunkte trete jetzt die Trennung der politischen Interessen, die dazu führen wird, daß sich beide Lager hinter einen Wall von Bedingungen und Garantien verschließen müssen und in einen hofflosen Kriegszustand miteinander geraten.

Die Bemühungen des Reichskanzlers.

Berlin. Reichskanzler Dr. Marx wird nach seinen Besprechungen mit den Parteiführern den Reichspräsidenten Ebert aufzufallen und ihm das Ergebnis der von ihm geführten Verhandlungen mitteilen. Wie wir hören, wird Dr. Marx seine Bemühungen, eine Umbildung des Reichskabinets vorzunehmen, bis Ende der kommenden Woche fortsetzen. Sollte sich ergeben, daß auf der Grundlage der vom Reichskanzler vorgesehene Lösung keine Verständigung unter den beteiligten Parteien zu erreichen ist, so hält Reichskanzler Dr. Marx eine Regierungskrise für ganz unvermeidlich. Wir glauben zu wissen, daß der Reichskanzler die Regierungsparteien darauf ausmerksam gemacht hat, daß er im Falle eines Scheiterns seiner Bemühungen sich gezwungen sehe, mit dem Gesamtministerium zurückzutreten.

Der verbotene Krieg.

Begleitet von dem in Genf üblich gewordene zuständigen Beifall haben sich alle 47 anwesenden Staatenvertreter für die Annahme des Protocols ausgesprochen, das in Zukunft alle kriegerischen Auseinandersetzungen verhindern soll. Es charakterisiert den tatsächlichem Gehalt der Genfer Beschlüsse, daß ausgerechnet Frankreich in den letzten Tagen in machendem Maße bis als palmen-schwingender Führer idealistischer Friedensgesinnung jubelnd lachen konnte. Die im Laufe der Jahrhunderte stark abgegriffenen Jonglierbälle des französischen Republikanerwirkungsbases fielen nur so durch die Luft und landeten bei dem ancheinend geistig nicht sehr anpruchsvollen Genfer Publikum den gewünschten Beifall. Durch weitgehendes Entgegenkommen gegen die von Frankreich unterstützten Wünsche Japans hat man auch einen Schönheitsfehler befeiligt, dessen Tilgung zwar die Einigkeitigkeit des Annahmebeschlusses ermöglichte, dafür aber in den Vereinigten Staaten von Nordamerika begreiflicherweise recht wenig freundliche Stimmungen hervorgerufen hat. So werden denn im Laufe der nächsten Monate die in Frage kommenden am Weltkongreß beteiligten Regierungen ihre Stellung zu einem Dokument nehmen können, das, im

System unwahr, in der Praxis unanwendbar, den durch die Friedensstiftung geschaffenen Weltfrieden verstoßen und Deutschland den Eintritt in das Genfer Kollegium nicht gerade erleichtern wird.

Um das deutsche Memorandum.

Paris. (Funkspruch) Zu der gestrigen Beratung des französischen Ministeriums über das deutsche Memorandum berichtet „Matin“, die französische Regierung stelle der Annahme Deutschlands zum Weltkongreß ausgeschlossen einstimmig gegenüber. Es sei tatsächlich wünschenswert, daß das Deutsche Reich das Protokoll über die Schiedsgerichtsbarkeit unterschreibe. Die Diplomatie von Genf könnte nur mobilisiert auf die internationale Politik Deutschlands wirken. Die Anwesenheit des Deutschen Reiches im Weltkongreß würde diesen nur stärken und man könnte sogar die Anwesenheit Deutschlands im Weltkongressrat ohne Bemerkung ins Auge lassen. Aber das gemeinsame Ziel muss Deutschland gegenüber zur Anwendung gelangen, wie dieses ja Herrriot bereit in Genf erklärt habe. Der Ministrerrat sei ferner der Ansicht, wenn man versuchen möchte, die Belgier und die Engländer für die französische These zu gewinnen. Er habe deshalb die Abstimmung einer gemeinsamen Antwort der Regierungen von Paris, London und Brüssel ins Auge gefaßt. Herrriot werde sich deshalb unmittelbar mit Macdonald und Hyman in Verbindung setzen.

Eine bedeutsame Rede Baldwin's.

London. (Funkspruch) Baldwin hielt gestern in Newcastle auf der Jahresversammlung des nationalen unionistischen Verbandes eine Rede, in der er zu der deutschen Wieder-aufbauanleihe und besonders eingehend zu dem russischen Vertrag Stellung nahm. Baldwin erklärte, der Kampf stehe unmittelbar bevor. Zu den Ansichten des Daviesberichtes übergehend, sagte er, er sei ein Anhänger der Theorie, daß man keine dauernde Verbesserung des englischen Handels erzielen könnte, bis bei allen Nationen die Stabilität wieder hergestellt sei. Baldwin begrüßte McDonald zu dem Ergebnis des diesjährigen Sommers in London vollbrachten Werkes und fuhr fort, wenn die Handelsmaschine verlasse, weil ein großes Land außer Wirksamkeit gelegt werde, so leide der Handel der ganzen Welt. Deutschland würde, wenn sein Außenhandel zerstört würde oder Angriffe erleiden müßte, daran verhindert sein, im Auslande Kaufe zu machen, aber es sei vollkommen klar, daß der vermehrte Handel, der aus der Wiederherstellung Deutschlands entstehen würde, d. h. der vermehrte Welt Handel mit einer vermehrten Konkurrenz Deutschlands Hand in Hand ginge. Es besteht, was die Welt als Ganzes betrifft, kein Zweifel, daß die Vorteile auf Seiten der Wiederherstellung des deutschen Handels liegen. Seiner Ansicht nach sei es wahrscheinlich, daß dies auch im großen und ganzen einen Vorteil für England bedeuten würde. Alle Leute, die diese Frage unterdrückt hätten, müßten jedoch, daß seine Wiederherstellung des deutschen Handels möglich sei, bevor es Deutschland gelinge, die deutsche Währung zu stabilisieren und infolgedessen die Weltwirtschaft mit Deutschland zu regalisieren. Um dieses Ergebnis zu erzielen, sei eine Anleihe eine unabdingbare Notwendigkeit. (Forti. i. d. Beilage.)

Die amerikanischen Bankiers für die deutsche Anleihe.

* New York. Die am 1. Oktober in Chicago tagende Jahresversammlung der American Banc Association forderte in einer Entschließung die wohlwollende Behandlung der deutschen Anleihe. In der Begründung dieser Forderung wird hervorgehoben, daß in Amerika angebrachte Gold bedeutet eine ständige Inflationsspirale und könne nur dadurch arbeiten, daß es in andere Länder gestellt werde. In der Entschließung wurde weiter nochmals betont, daß die Wiederherstellung Europas in die Hände der internationalen Bankiers und nicht der Politiker gehören. Die Regierung müsse auch jede fünfjährige Weltkonferenz beeinflussen, wie das in London geschehen sei.

Die Marinestrukte beendet.

* London. Die Interalliierte Marinestruktionskommission, die am Dienstag ihre Tätigkeit beendet hat und aufgelöst ist, hat ihren Tätigkeitsbericht veröffentlicht. Die Arbeit der Kommission bestand u. a. in der Verförderung von 300 000 Tonnen Material einschl. Panzerplatten. Unter dem Kriegsmaterial, das zerstört wurde, befinden sich 5162 Geschütze, 4534 Lafetten, 35 079 Minen, 18 500 Tonnen Betonanteile, 71 Torpedos, 4449 Tonnen Munition und 83 000 verschiedene andere Geräte.

Auch Portugal für die 26-prozentige Reparationsabgabe.

* London. Aus Lissabon wird gemeldet, daß die portugiesische Regierung die Absicht hat, die 26-prozentige Reparationsabgabe auch hier zu erheben.

Die Demokraten gegen den Schatzzoll.

Berlin. Wie wir erfahren, beabsichtigt die demokratische Reichstagsfraktion, nach dem Wiederaufzurücktritt des Reichstages einen energischen Vorstoß gegen die Schatzzollvorlage der Regierung zu unternehmen. Angesichts des äußerst ungünstigen Auslasses der diesjährigen Erntestellen sich die Demokraten auf den Standpunkt, daß die Wiedereinführung des Schatzzolls für die Getreideeinfuhr ein Wahnsinn wäre, da Deutschland infolge der schlechten Ernte auf eine umfangreiche Getreidezufuhr angewiesen ist.

Auch die Sozialdemokraten wollen beantragen, daß die Schatzzollvorlage der Regierung zurückgezogen wird.

Weltfriedenskongreß in Berlin.

Der Internationale Verband der Friedensgesellschaften veranstaltet in Berlin vom 2. bis 8. Oktober den 23. Weltfriedenskongreß, an dem zahlreiche Teilnehmer aus der ganzen Welt erscheinen sind. Besonders stark ist der Bevölkerung aus den Vereinigten Staaten von Nordamerika und aus Frankreich.

Als Einleitung des Weltfriedenskongresses fand eine politische Konferenz statt, in der der Vizepräsident der französischen Republik Victor Fauch die Notwendigkeit der deutsch-französischen Freundschaft und Friedensvereinbarung sowie die auch das aufrichtige Ziel des jüngsten französischen Ministerpräsidenten Herrriot sei. Der Redner erklärte, seine Freunde würden diejenigen ihnen gegönnt haben, die eine ernste Auseinandersetzung der wissenschaftlichen Untersuchung der Kriegsschuldfrage durch Herausgabe der entsprechenden Dokumente zu unterstützen.

Im Rahmen des Weltfriedenskongresses fand eine Internationale Bildungsstaatung statt, die vom Bund Unterrichter Schulreformer veranstaltet und von zahlreichen Schulmännern und Gelehrten des Auslands besucht war.

Auf dem Deutschen Historikertag

in Frankfurt am Main

hielt am Donnerstag Professor Dr. Münsterberg-Saarbrücken einen Vortrag über das Thema „Aus der Geschichte des Saargebiets mit besonderer Berücksichtigung seiner Verleihungen zu Frankreich.“ Die Bestimmungen des Versailler Vertrages über das Saargebiet seien so schwer, daß man nicht mit Unrecht von einer verschleierten Annexion durch Frankreich sprechen könne. Der Redner wies unter Berücksichtigung auf geschichtliche Tatsachen nach, daß das Saargebiet schon mehr als tausend Jahre zu Deutschland gehöre und nur vorübergehend von den Franzosen besetzt worden sei. Durch den Frieden von Campo Formio sei das ganze Gebiet mit Frankreich vereinigt worden, aber im zweiten Pariser Frieden sei es den Franzosen wieder entzogen worden. Unter preußischer Herrschaft habe das Saargebiet einen großen Aufschwung genommen. Frankreich erneute Ansprüche auf das Saargebiet, die von Preußen sofort zurückgewiesen wurden. Unter kürzlichem Beifall der Versammlung verkündete der Redner, im Saargebiet herrsehe Übereinstimmung darüber, daß der deutsche Gedanke auch bei der Abstimmung 1935 siegreich sein werde.

Der Leiter der Versammlung, Professor Münnel, dankte den aus dem Saargebiet ausgewiesenen, die für die deutsche Sache eingesetzten und der Deutschen Historikertag habe die Aufgabe, die geistige Wacht am Rhein und an der Saar gegenüber den Annahmen französischer Bedenken zu halten.

Zum 77. Geburtstag Hindenburgs.

* Hannover. Generalfeldmarschall von Hindenburg beging gestern in aller Stille in seiner Villa seinen 77. Geburtstag. Im Laufe des Tages wurden ihm von der Bevölkerung begeisterte Ovationen dargebracht.

Ein Telegramm des Reichslandbundes.

* Berlin. Der Reichslandbund richtete gestern folgendes Telegramm an den Generalfeldmarschall v. Hindenburg zum 77. Geburtstag: Seinem Ehrenmitglied entbietet zum 77. Geburtstag der Reichslandbund in Bezeichnung dankbarer und toller Verehrung seinen herzlichsten Glückwunsch. Exzellenz findet uns ein leuchtendes Vorbild der Vaterlandsliebe und der Pflichterfüllung bis zum letzten, eine Verkörperung der deutschen Treue. Exz. Exzellenz wollen die Versicherung und das Gelübde erneuern, daß im deutschen Landvolk der Glaube an die Wiederaufrichtung deutscher Größe, der Stolz auf Deutschlands Vergangenheit und der Wille zur Tat vorhanden ist.

Noch eine kleine Probefahrt des „S. M. 3“.

Dem Vertreter des „S. M.“ wurde erklärt, daß die Nachrichten über Maßnahmen des amerikanischen Marineministeriums zur Hilfsleistung bei dem Oceanus des „S. M. 3“ sehr bestreitig hätten. Die von der amerikanischen Marine zur Verfügung gestellten Schiffe dürften jedoch für eine Hilfsleistung schwerlich in Frage kommen. Es besteht in Friedrichshafen kein Zweifel, daß das Schiff ohne Zwischenfall nach Amerika kommen werde. Vor der großen Überfahrt werde wohl nochmals eine kleine Probefahrt über den Bodensee stattfinden, die vorwiegendlich am Freitag oder Samstagabend vor sich gehen werde.

Hamburg. (Funkspruch) Die Wetterberatung bei der Amerikafahrt des „S. M. 3“ hat wie beim Deutschen Landtag die deutsche Seewarte in Hamburg. Bisher standen nur Wiedergaben von den Azoren und Bermudas sowie wenige ausländische Schiffsmeldungen zur Verfügung. Infolge des Entgegenkommens der Kapazität des Norddeutschen Lloyd und der Hamburg-Südamerika-Linie hat die Seewarte seit dem 1. September einen deutschen Wetternachrichtendienst auf dem Ocean eingerichtet, in dessen Rahmen zur Zeit 19 Schiffe der genannten Reedereien mit weitem Sende-gerät ausgerüstet sind und viermal täglich Wetterbeobachtungen von dem atlantischen Ocean übermitteln.